

Kollegen Hafenarbeiter!

Gemeinsame Ö-T-V-Versammlung von Ringarbeitern und "grüner Ecke" in Bremen.

Es war das erste Mal, als am Sonntag, dem 14. September, von Max H i l s e die Gewerkschaftsversammlung der unständigen Hafenarbeiter im "Decla" eröffnet wurde, daß die Kollegen aus dem Stamm zusammen mit den organisierten von der "grünen Ecke" gemeinsam die vom Vorstand aufgestellte Tagesordnung durcharbeiteten. Daß dieser gewerkschaftlichen Praxis der gemeinsamen Versammlungen eine große Bedeutung zukommt, daß sie in häufigeren Versammlungen vertieft und erweitert werden muß, daß die klassenbewußten Kollegen aus dem Ring sowohl wie die von der "grünen Ecke" ein waches Auge auf die Beibehaltung dieser Praxis werfen müssen, darüber ist sich jeder Hafenkollege klar, der weiß, wie sehr es die Kampfkraft der Bremer Hafenerbeiterschaft schwächen muß, wenn es den Unternehmern gelingt, die Spaltung der Hafenkollegen zu erweitern und für sich auszunutzen. Auch ist dies der beste Weg, um den hohen Anteil der Unorganisierten in der "grünen Ecke" zu vermindern und sie durch den Ausgleich ihrer besonderen Interessen mit den besonderen Interessen der Ringarbeiterschaft in die gewerkschaftliche Organisation hineinzuführen.

Auf der Tagesordnung standen drei Punkte:

1. Referat über die Forderung des 6tägigen Garantielohnes
2. Referat über eine Altersversorgung
3. Aussprache.

Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung wurden in einem einzigen Referat behandelt, das der Kollege D r e e k e hielt. Er bemängelte eingangs, daß nicht genügend Kollegen erschienen seien. Der Kollege W. F r a n c k e erwiderte ihm später in der Aussprache, und zwar treffend, daß das nicht Schuld der Hafenkollegen sei, sondern dem Vorstand und dem Betriebsrat zugeschrieben werden müsse. Dieser habe am Sonntagmorgen die 1. und 2. Schicht vermitteln lassen, statt diese beiden Schichten auf die 3. und 4. zu verschieben. Dem Vorstand und dem Betriebsrat haben die von den Unternehmern gesparten Liegegelder offenbar mehr am Herzen gelegen als eine stark besuchte Gewerkschaftsversammlung mit einer wichtigen, alle - 2 -

Kollegen interessierenden Tagesordnung.

Dreeke führte aus, daß die Forderung des 6tägigen Garantielohnes dadurch begründet und berechtigt sei, weil 60 DM die Woche unter dem Existenzminimum lägen. Doch war aus seinen weiteren Ausführungen zu entnehmen, daß bisher noch nichts Ernsthaftes von seiten der Gewerkschaftsführung unternommen wurde, um diese Forderung in die Wirklichkeit umzusetzen. Vorläufig würden die Möglichkeiten der Verwirklichung dieser Forderung in den verschiedenen Häfen von "paritätischen Ausschüssen" "geprüft", die sich zu gleichen Teilen aus Unternehmervertretern (!) und Arbeitern mit einem "Neutralen" zusammensetzen. Nach Dreeke ist es Aufgabe dieser seltsamen Ausschüsse, die verschiedenen Bedingungen in den einzelnen Häfen aufeinander abzustimmen, "mit den anderen Häfen Fühlung aufzunehmen." Er erklärte dabei dem Sinne nach (wenn wir ihn recht verstanden haben), daß die Bremer und Hamburger Hafentarbeiter den rückständigeren Verhältnissen in anderen Häfen Konzessionen machen müßten.

Wenn das "Argument" von der Anpassung unserer Forderung an die rückständigeren Verhältnisse in den kleineren Häfen und wenn die "Ergebnisse" der Arbeit dieser Ausschüsse mit dem sattsam bekannten "neutralen" Schiedsrichter zur Hintertür werden sollten, die sich die Gewerkschaftsführung für einen eventuellen Rückzug offenhält, dann haben wir dazu folgendes zu sagen: Die fortschrittlicheren Verhältnisse in Bremen und Hamburg gegenüber den kleineren Häfen sind das Ergebnis der größeren Kampfkraft der dortigen Kollegen. Wenn man - und das ist doch sicher der Wille unserer Gewerkschaftsführung? - die durch die halbbäuerlichen Lebensverhältnisse rückständigere Arbeiterschaft in Häfen wie Brake, Emden, Nordenham usw. auf die organisatorische und kämpferische Höhe der Arbeiterschaft in den großen Häfen heben will, dann kann man das nur tun, wenn man diesen Kollegen die praktischen Erfolge der Hafentarbeiterschaft Bremens und Hamburgs als Ziel und Beispiel vor Augen hält und nicht, wenn man ihrer Rückständigkeit auf Kosten der klassenbewußten Arbeiterschaft "Konzessionen" macht. Der Wille und die Kraft der aufgeklärtesten und klassenbewußtesten Kollegen in den entscheidenden, großen Häfen muß Maßstab und Grundlage für die Kampfziele der Organisation sein. Damit, und nur damit, wird letztlich auch den rückständigen Teilen der Hafentarbeiterschaft geholfen. Die klassenbewußten Hafentarbeiter müssen der Gewerkschaftsführung in bezug auf den weiteren Gang der Dinge in der Forderung des 6tägigen Garantielohnes scharf auf die Finger sehen.

Zur Altersversorgung der Ringarbeiter gab Dreeke einen Plan der Adenauer-Regierung bekannt, eine "freiwillige Altersversorgung" mit einem Monatsbeitrag von 4 DM einzuführen. Dieser arbeiterfeindliche Plan erregte allgemein die Empörung der anwesenden Kollegen. Im übrigen brachte der Kollege Dreeke zu diesem Thema nur einige Gemeinplätze und nichts Konkretes. Dabei tauchte bei der Bekanntgabe des reaktionären Adenauerplans der Verdacht auf, daß Dreeke ihn nur benutzte, um etwas Stimmung zu machen und einige radikale Phrasen vom Stapel zu lassen, sonst aber nur über die Leere des übrigen hinwegzutäuschen.

Dann begann die Diskussion. Als erster sprach der Kollege K. L a m p e. Er betonte, daß die Delegierten über den Stand der Verhandlungen um einen 6tägigen Garantielohn laufend unterrichtet werden müßten (unter der Zustimmung der Kollegen), daß außerdem die Überarbeit im Rahmen des Tarifs abgestellt werden müsse. Außerdem widerlegte er überzeugend eine vom Betriebsrat propagierte "Forderung" über die Vergrößerung der Ringarbeiterschaft durch Kollegen von der "grünen Ecke". Unter den gegebenen Verhältnissen müßte das notwendige Ergebnis solcher Machenschaften die baldige Erschöpfung des Garantielohnfonds sein und damit wiederum Entlassungen, wobei man nach bewährter Praxis die klassenbewußtesten Kollegen an die erste Stelle setzen werde. Lampe brachte im Sinne seiner sachlich fundierten und guten Ausführungen eine Resolution ein, die einstimmig angenommen wurde. Ein Beweis, daß auch Kollegen von der KPD bei den Arbeitern noch einen Boden finden, wenn sie nicht die allgemeine Platte, sondern eine sachlich durchdachte Auffassung vertreten. Wie wir hörten, soll die Partei darauf gedrängt ~~haben~~ haben, daß ihre Vertreter in dieser Versammlung einen Antrag auf Wahl von Delegierten zu einer sogenannten "Arbeiterkonferenz" stellten. Der Antrag wurde von den KPD-Kollegen n i c h t gestellt, weil sie instinktiv fühlten, daß sie sich damit unmöglich gemacht und dann praktisch nichts mehr durchbekommen hätten.

Es sprachen dann noch zwei Kollegen, die weniger Wesentliches zu sagen hatten, worauf eine weitere Resolution von einem Kollegen von der "grünen Ecke", dem Kollegen W. F r a n c k e, eingebracht wurde. Dieser Kollege sprach für die "grüne Ecke" und forderte diese Kollegen zur Solidarität mit den Ringarbeitern für die Erkämpfung des 6tägigen Garantielohnes auf. Er appellierte andererseits an die Ringarbeiterschaft, keine unnötigen Überschichten abzureißen und in dieser Beziehung den Kollegen von der "grünen Ecke" gegenüber solidarisch zu handeln. Allgemein erklärte er, daß die Schwierigkeiten heute nur halb so groß wären, wenn die Gewerkschaftsführung bisher (besonders im "Kampf" um das Betriebsverfassungsgesetz) eine konsequentere Haltung gezeigt hätte. Es ist klar, daß man auch bei den jetzt für die Hafendarbeiterschaft auf der Tagesordnung stehenden Forderungen eine unendlich bessere Grundlage mit dem Pfund eines entscheidenden Sieges im Rücken gehabt hätte. Leider stellte der Kollege Francke seinen Antrag auf Ausschluß aller derjenigen "Gewerkschaftsangehörigen" im Parlament, die dem neuen reaktionären Betriebsverfassungsgesetz ihre Stimme gegeben haben und die Wiederaufnahme der Kollegen, die nach dem letzten großen Hafendarbeiterstreik aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden sowie die Wiedereinstellung der hierbei Gemäßregelten, nur mündlich. Hilfe selbst übernahm es, den Antrag schriftlich niederzulegen. Dabei machte er aus der Forderung des Ausschlusses der seltsamen "Gewerkschaftler" im Bundestag eine B i t t e an den Bundesvorstand. Den anderen Passus des Antrages "vergaß" er ganz. Auch diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Es bleibt für uns noch ein kritisches Wort zu sagen übrig. Erstens was den Appell an die Ringarbeiter - keine unnötigen Überschichten zu reißen - und zweitens was den Kampf um die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Kollegen

in den Verband betrifft.

Ein Appell an die Ringarbeiter zur Solidarität ist natürlich berechtigt und auch richtig. Aber um die besonderen Interessen der Kollegen von der "grünen Ecke" wahrzunehmen, genügt er allein nicht. Der Wille zur Solidarität, und wenn er noch so tief verwurzelt wäre, wird durch die rauhe Wirklichkeit der kapitalistischen Misere immer wieder durchbrochen und unterhöhlt. Der einzelne Kollege widersteht nicht immer der Versuchung, seine schmale Lohntüte auf eigene Faust durch einige Überschichten aufzubessern. Das wird so lange bleiben, wie dem Kapitalismus nicht selbst der Garaus gemacht ist. Es kann den arbeitslosen Kollegen von der "grünen Ecke" also nur dadurch geholfen werden, indem durch eine Herabsetzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich für sie mehr Arbeit geschaffen wird. Das ist eine Forderung, die die Gewerkschaftsführung am letzten 1. Mai als die ihre erklärte. In dieser Richtung müssen sich vor allem die arbeitslosen Hafenkollegen bewegen, sie müssen der Gewerkschaftsführung Dampf machen, daß sie langsam konkrete Schritte unternimmt.

Der zweite Punkt betrifft die Forderung aller klassenbewußten Kollegen auf Wiedereinstellung der Gemaßregelten und Wiederaufnahme in die Gewerkschaft. Diese Kollegen leisten sich selbst und der klassenbewußten Hafenarbeiterschaft einen schlechten Dienst, wenn sie sich, wie es bei ~~der~~ der Versammlung der Fall war, vor den Türen des "Decla" postieren und das KPD-Betriebsorgan verkaufen. In der jetzigen Situation täten sie gut daran, wenn sie der Gewerkschaftsführung (die sowieso alles tut, um ihre Wiederaufnahme zu verhindern) so wenig Anlaß wie möglich für ihre Handlungsweise gäben. Das Verkaufen des Betriebsorgans werden doch wohl noch Kollegen aus anderen Industriegewerkschaften besorgen können? Diese "Aktivität" der ausgeschlossenen Kollegen ist hier vollkommen fehl am Platze und sabotiert praktisch den Kampf um ihre Wiederaufnahme.

K O L L E G E N !

Mit diesem kommentierten Bericht von der letzten wichtigen Versammlung unserer Gewerkschaft stellen wir, die Kollegen der "Gruppe ARBEITERPOLITIK" uns zur Aufgabe, die klassenbewußte Bremer Hafenarbeiterschaft in ihrer zähen Kleinarbeit zu unterstützen. Wir sind kein Ableger der KPD, denn die Politik der Führung dieser Partei kann von keinem denkenden Arbeiter mehr verteidigt werden. Sie führte bisher nur zu Pleiten. Wir sind auch kein Sprachrohr der Gewerkschaftsführung oder der SPD-Führung, sondern wir kämpfen für die Wiederherstellung der alten Kampfkraft der Hafenarbeiterschaft. Uns geht es um die Mobilisierung der Kräfte, die i n n e r h a l b unserer Gewerkschaft für einen klassenbewußten, kämpferischen Kurs eintreten.

GRUPPE ARBEITERPOLITIK.